

Bezugpreis: Vierteljahr 16.50 RM., monatlich 5.50 RM. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenspreis: Die abgesetzte Honorarregelung ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Montag, den 8. März 1920. Vorwärts-Verlag S. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Kaufexzess im „Adlon“.

Ein betrunkenen Prinz prügelt anständige Personen.

Im Hotel Adlon unter den Linden hat sich in der Nacht zum Sonntag ein Vorfall zugetragen, der in ganz Deutschland helle Empörung hervorgerufen wird.

Ueber den Hergang dieses widerwärtigen Skandals wird uns von Augenzeugen berichtet: Seit etwa zwei Wochen war der 44jährige Prinz Joachim Albrecht von Preußen, ein Sohn des früheren Prinzregenten von Braunschweig, als Abendgast im Adlon eingetroffen.

Am Sonnabend erschien nun der Prinz mit einem größeren „Gefolge“, das sich an verschiedene Tische verteilte. Gegen 11 Uhr abends, nachdem schon mehrere Flaschen geleert waren, stiftete der Prinz der Kapelle abends 10 U., damit sie Deutschland, Deutschland über alles spielen sollte.

Der schon stark bezechte Hollernspröb brüllte nach dem Französisch hinüber: „Aufstehen! Aufstehen!“

Die Würde des Prinzen waren das Signal zu einem allgemeinen Angriff. Es wurde zunächst ein Trommelfeu von Gläsern und Tellern eröffnet, worauf man zum Raubgriff überging.

Den französischen Herren, die beim Hotelpersonal und dem ausländischen Teil des deutschen Publikums Unterstützung fanden, gelang es zunächst, Frau Hauptmann Klein durch ein Fenster in Sicherheit zu bringen.

Da leider Polizei nicht herbeigeholt wurde, konnte auch die Verhaftung der Kaufbolde nicht sofort vorgenommen werden.

Es widerstrebt uns, diese Sache, die im Grunde eine ordinäre Kriminalaffäre ist, zu einer Parteifache zu machen.

dürfen. Nachdem die Welle der Gewalttätigkeit von links ver- ebht ist, ist die Welle der Gewalttätigkeit von rechts im Steigen begriffen.

Leider müssen wir mit der Tatsache rechnen, daß wir in der Welt noch immer als ein Volk von Rohlingen ange- seindet werden.

Das Uebrige ist Sache der Polizei und des Gerichts. Ver- sionen, die der öffentlichen Ruhe und Ordnung gefährlich sind, gehören unter dem Belagerungszustand in Schubhaft.

Einer Lokal-Korrespondenz entnehmen wir noch folgende Einzelheiten: Vor etwa 14 Tagen erfolgte der erste Zusammenstoß zwischen dem Prinzen und dem Kapitän Klein von der französischen Militär- mission.

Ueber den nächtlichen Vorfall wird dann noch weiter be- richtet: An dem Mittelisch des Saales hatte sich eine allgemeine Prügelei entwickelt. In deren Verlauf kam es zu einem Zwischenfall zwischen dem Prinzen und einem Grafen Wetter- nich.

Nach dem Besondere kam es noch zu einem Nachspiel in der Halle des Saales, da auf eine Ansprache des Prinzen sich deutsche Gäste gegen ihn wandten und sein Verhalten sehr scharf kritisierten.

Es wirft ein eigenartiges Licht auf die „gute“ Gesellschaft im Hotel Adlon, daß sie nicht willens oder imstande war, die zu unrecht angegriffenen Gäste nachdrücklicher zu schützen.

Der Prinz bestreitet ...

Wolff-Bureau gibt eine kurze Darstellung des Vorgangs, die in ihren Hauptzügen der unseren entspricht, und meldet weiter: Der Reichswehrminister hat verfügt, daß Prinz Joachim Albrecht von Preußen und Rittmeister von Plathen, der gleichfalls an dem Zwischenfall im Hotel Adlon beteiligt war, vorläufig in Schubhaft genommen werden.

geessen und habe den Verlauf des Zwischenfalls nicht einmal ver- folgen können, weil zwischen seinem Tische und dem Tische der fran- zösischen Gäste eine größere Anzahl Personen sich aufgestellt hätte;

Das offiziöse Bureau erläßt weiter folgende Erklärung:

In letzter Zeit haben sich in Berlin verschiedene unliebsame Vorfälle mehr oder weniger ernstes Art zwischen deutschen Zivil- und Militärpersonen einerseits und Mitgliedern der aus- Grund des Friedensvertrages hier tätigen internationalen Ueber- wachungsausschüsse andererseits ereignet.

Deutschland will Nordfrankreich aufbauen.

Reichskanzler Bauer sagte dem Berichterstatter des „Pöler- Klubb“, die deutsche Regierung habe nach Uebernahme der Verpflich- tung, an dem Wiederaufbau Nordfrankreichs zu arbeiten, nach Paris Delegierte entsandt, um dort die Einzelheiten der Frage zu be- sprechen.

Neue Drohungen Millerands.

In den bereiteten Kommissionen für answärtig gelegenen Gebieten und für das Heredeswesen der französischen Summe gab Minister- präsident Millerand Erklärungen über die auswärtige Politik Frankreichs und besonders über den gegenwärtigen Stand der Durchführung des Versailler Vertrags durch Deutsch- land.

Millerand stellte fest, daß die von dem französischen General Rollet geleitete internationalisierte Kommission, welche die Entwaff- nung Deutschlands zu überwachen hat, auf Schwierigkeiten stöße.

Frankreichs Mitschuld.

Während des Krieges hat Gaillaux eine Denkschrift „Die Verantwortlichen“ geschrieben, die jetzt durch Verlesung in dem Prozeß vor dem Senat in die Öffentlichkeit gelangt.

Das Schriftstück beginnt damit, die Politik Jules Ferrys und Waldeck Rousseaus zu erläutern und die politische Rolle Delcassés in der Isolations-Expositionspolitik Frankreichs zu schildern.

hau aber, seine eigene Politik während dieser Periode zu kennzeichnen. Eine Intrige sei gegen ihn gesponnen worden von Clemenceau, Poincaré und Wilson. Man habe den unfähigen Außenminister des Reiches, den Caillois den schäneren Feind bezeugen habe zu ernennen, zur Demission gezwungen.

Mit Poincaré an die Macht gelangte, hatte sich eine neue Ära eröffnet, er habe seit langem auf den ersten Platz getreten, er sei der linken Mehrheit verächtlich gewesen und hätte viele Feinde gehabt. Ein einziges Mittel hätte sich ihm dargeboten, nämlich der Rechten zu vereinen und mit Wilson dahin übereingekommen, das Parlament mit Hilfe der großen Presse zur Gefolgschaft zu veranlassen. Das habe er nicht getan. Man habe versprochen, die sozialen Reformen und die Einkommensteuer beiseite zu schieben, um eine Panzerpolitik zu betreiben. Selbst den Ausbau der schweren Artillerie, den Caillois angeordnet habe, habe man vertagt. Das Unternehmen sei gesungen. Gemäß hätten weder Poincaré noch Briand in diesem Augenblick den Krieg gewollt, aber sie seien Befehlsehrer ihrer Gruppen gewesen. Man hätte die Nordlinie vorwärts müssen, auch die Kanadischen, außerdem ein neues Artilleriematerial schaffen müssen. Man hätte aber nach entgegengelegelter Richtung gearbeitet. Daraus, zum Ministerpräsidenten ernannt, sei beauftragt worden, die dreißigjährige Dienstzeit durchzubrüden, was unmöglich und gefährlich gewesen sei wegen der Unterführung durch die rechtsstehenden Parteien.

Dann bespricht Caillois die Wahl Poincarés zum Präsidenten der Republik. Er habe eine persönliche Politik betrieben und ein neues Ministerium berufen. Er hätte nicht die nötige Kraft gehabt, einen Krieg zu vermeiden, den man ohne Widerstand ins Auge gefaßt habe, während man von seinen Willkürsünden den Krieg mit Passion gewünscht habe. Die Feindseligkeiten seien von Frankreich entfesselt worden, das Deutschland konstant gedrängt hätte. Aber vielleicht hätten sich die Dinge wie 1911 entwickelt, wenn man Ruhe und Geduld gehabt hätte. Warum habe man sie fallen lassen? Warum die russische Mobilisierung? Die Gegner Poincarés bestreiten, daß seine Maßnahmen auf die Haltung des Jaren eingewirkt hätten. Sie behaupten ferner, Poincaré habe während seiner Woche in Rußland geheime Abkommen unterzeichnet. Daß er es gewesen sei, der Öl ins Feuer geschossen, anstatt sich zu bemühen, es auszulöschen, diese Behauptungen können nicht bewiesen werden. Aber man könne glauben, daß Poincaré durch die Strömung getragen worden sei, die er entfesselt habe. Rußland habe Frankreich gefragt, ob es, falls es mobilisiere, der Unterführung der Republik sicher sei. Man hätte antworten müssen, daß alle Verpflichtungen, die man übernommen habe, erfüllt würden, daß aber nichts gemacht werden dürfe, ohne vorher das Einverständnis von England erlangt zu haben. Man habe sich damit begnügt, Rußland anzurufen, mit Vorsicht zu mobilisieren. In Wirklichkeit hätte man also nicht gewollt, daß der Friede sichergestellt werde. Caillois habe Frankreich im Jahre 1911 Dienste geleistet, indem er den Krieg vermieden habe. 1914 sei man weniger gefährdet gewesen, bereit zu sein. Sein Evidenznachweis sei unvollkommen gewesen. Man hätte noch 2 oder 3 Jahre nötig gehabt, um sein strategisches System auszubauen; die englische Flotte hätte eine Verbesserung notwendig gehabt und Belgien hätte seine militärischen Institutionen umgestalten müssen.

### Das unmögliche Deutschösterreich.

Die neuen Gehaltsforderungen der Staatsangestellten — mindestens 24 000 Kronen jährlich für Ledige! — erfordern 7,5 Milliarden, während einschließlich der neuen Steuern der Staat insgesamt 6 1/2 Milliarden einnehmen wird!

In Tirol wird zu einer freiwilligen Volksabstimmung für den Anschluß an Deutschland aufgefordert.

Dem „Neuen Wiener Tagblatt“ wird von unterrichteter Seite mitgeteilt, England habe zwar das Zustandekommen der Donau-Suberzation angestrebt, sich aber überzeugt, daß dieser Plan bei der abzusehenden Stellungnahme der Tschechoslowaken, Südslawen und Rumänen kaum durchführbar sei. Selbst die Einführung gewisser gemeinsamer wirtschaftlicher Einrichtungen werde sich nicht verwirklichen lassen. Andererseits könne Österreich allein

### Der Herr Minister.

Komödie von Paul Schirmer im Komödiendhaus.

Die neue Zeit hat in Deutschland die neuen Minister gebrocht. Der neue Minister, den Paul Schirmer auf die Bühne stellt, ist ein Parteifisch mit Genut. Jeder Mensch, auch der Dichter, sieht in seinem Nebenmenschen ein wenig, was er selbst ist. Paul Schirmer ist ein Mensch und ein wenig Dichter. Die Buchfomödien, die ich von ihm gelesen habe, nehmen alle einen ganz richtigen und febligen Anlauf. Aber dann wird alles plötzlich mehr als banal. Paul Schirmer ist also wohl nur ein Luftspielentwerfer, aber sein unebener Spender der Feinheit. Talent aus Talentchen zusammengesetzt, wie etwa eine Tischdecke, die aus Resten zusammengenäht wird oder ein Raphaelbild, das ein Genie mit Briefmarken zusammenklebt. Es gibt Schirmerkinder, z. B. Dadaisten, die finden so etwas herrlich. Wir läten aber unrecht, Herrn Schirmer einen Dadaisten zu nennen. Sein Stammein nach einigen guten Söhnen und Söhnen ist nicht bewußte Kunst, sondern Ästima in den höheren Begriffen.

Herr Bobeloto, Stadtwortredner, mit der Buchbindezeit verknüpft, Mitglied der Schulkommission seiner Stadt, wird Kultusminister, als der Amtszug kommt. Er läßt die Kaffeelassenkaffee und den geschmückten Kaffee und sagt, nachdem er das Telefon fünf Minuten lang gesperrt hat, ja. Dann redet er ein wackelndes Zeug und geht ins Ministerium ein und als Inspektor in das Mädchenschulministerium, wo ihm die Geheimnisse und die geheimen Konyleidener und die Gymnasialkassen erläutern. Er kann nur Parteiphrasen dreschen, und die anderen behalten mit ihrer Kirche, mit ihrer Bildung, mit Goethe, mit ihrer Biologie, sogar mit dem alten Griechen recht; alle, sogar die Wadische. So sieht der Komödiendichter die Welt von heute, wenn er sein Parteilied liebt. Einer auf dem Olymp liebt das Stiel nicht und produziert seinen Hauschüssel. Er wurde hinausgeworfen. Man ist heute sehr behende und hurtig mit Skandal und Gegenstand. Und weil der Skandal, für den doch die Leute mitbezahlt hatten, nicht ordentlich kam, mußte der vereinsamte Hauschüsselstiel lühen.

Nachdem also der Minister sich fremdwörtlich entladen und eingesehen hat, daß die Räbels sogar mehr wissen und können als er selber, beschließt er abzugeben. Die Sache hat nur einige Härten: den Sohn des kurzlebigen Ministers und dessen Braut, Fräulein Dr. Fränze Bunn, Oberlehrerin. Dieses Paar ist nicht revolutionär, woraus sich die Notwendigkeit ergibt, daß der Vater einmal zu seinem Sohne Konjunktur sagt. Die Waise Goethes sieht dabei zu. Doch der Vater freut sich so sehr über die Brautleute, daß er im nächsten Akt seinem Sohn schon einen Ruh aufschreibt.

Rein, das ist keine politische Komödie. Das ist ein ziemlich laiches Ding. Früher war's der Bierbrauer, der Kommerziant

als selbständiger Staat nicht bestehen. Der Oberste Rat könne daher Entscheidungen bezüglich Österreichs wohl nur in dem Sinne treffen, daß Österreich unter gewissen Bedingungen wirtschaftlich an das Deutsche Reich angeschlossen und in dieser Wirtschaftszusammenfassung am Wiederaufbau Mitteleuropas beteiligt werde.

### Die schwedische Regierungskrise.

Stockholm, 7. März. (R.D.) Die Regierung hat demissioniert. Der König hat den früheren Ministerpräsidenten und Präsidenten der liberalen Partei Edén mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt. Dabei dürfte bei der Bildung des liberalen Kabinetts große Schwierigkeiten zu überwinden haben. Es ist nicht ausgeschlossen, daß ein sozialistisches Kabinet Branting aus Ruder kommt.

### Der Hindenburgrummel.

„Keine Parteikandidatur!“

Wir hatten schon am Sonntag auf die treffliche Regie hingewiesen, mit der die Deutschnationalen die Kandidatur Hindenburgs als eine parteilose darzustellen suchten. Der einstimmige Jubel, mit dem die gesamte nationalistische Presse in ihren Sonntagartikeln die Möglichkeit einer Hindenburgkandidatur begrüßt, zeigt schlagkräftiger als alle anderen Argumente, wo die Drahtzieher dieser Präsidentenmode zu finden sind. Die „Deutsche Tageszeitung“ marschiert voran und verleiht sich in ihrer Freude zu geradezu grotesken Behauptungen. In dem gleichen Atemzug, mit dem sie Hindenburgs Zugehörigkeit zur konservativen Partei und zur konservativen Weltanschauung eingestehen muß, stellt sie die Behauptung auf, daß dennoch keine Parteikandidatur vorliege. Die Erklärung, was man als Parteikandidatur anzusehen habe, wenn man die Kandidatur eines seiner eigenen Anschauung und Entwicklung nach einer bestimmten Partei zugehörigen Mannes nicht als solche bezeichnen will, bleibt der „Deutschen Tageszeitung“ überlassen. Wenn sie ferner von Hindenburgs tiefem Einblick in die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Dinge spricht, so ist das eine Behauptung, die das helle Gelächter geradezu herausfordert.

Die „Deutsche Tageszeitung“ stellt sich naiv und glaubt uns Sozialdemokraten nahelegen zu sollen, daß auch wir uns leicht mit dieser Kandidatur abfinden mögen. Wir müssen schon heute mit aller Entschiedenheit uns dahin aussprechen, daß wir nicht im geringsten daran denken, auf diese Versuche der Schaffung einer „nationalen Einheitsfront“ einzugehen. Auch die „Post“ ist stark im Zögern. Sie wollen nachher Entrüstung mimen, weil die Sozialdemokratie „einen Hindenburg“ ablehnt. Mögen sie jetzt schon gefälligst zur Kenntnis nehmen, daß wir alles zu tun gekommen sind, um ihren plumpen frechen Schwindel zu entlarven. Niederträchtiger ist seit dem Juli 1914 nicht mehr mit dem Schicksal des deutschen Volkes Schindluder gespielt worden als durch diesen Hindenburgrummel. Das Volk wird aber nicht hereinfallen!

Aber die Herrschaften stellen sich ja nur dümmer als sie sind. Sie wollen nachher Entrüstung mimen, weil die Sozialdemokratie „einen Hindenburg“ ablehnt. Mögen sie jetzt schon gefälligst zur Kenntnis nehmen, daß wir alles zu tun gekommen sind, um ihren plumpen frechen Schwindel zu entlarven. Niederträchtiger ist seit dem Juli 1914 nicht mehr mit dem Schicksal des deutschen Volkes Schindluder gespielt worden als durch diesen Hindenburgrummel. Das Volk wird aber nicht hereinfallen!

Die wenig genüß, der Schwerindustrie nahestehende Kreise des deutschen Volkes die Aufgaben eines Staatsanwesers der Gegenwart erfüllt haben, beweist ein Artikel der „Post“, in dem sich diese wie ihre deutschnationalen Schwestern mit der Hindenburgschen Kandidatur auseinandersetzen. Man sollte es kaum für möglich halten, was dieses Blatt für das Erfordernis des künftigen Präsidenten hält. Nicht etwa Einsicht in die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse des eigenen Landes und der anderen Nationen, nicht Achtung seitens der deutschen Volksgenossen und des Auslandes. All diese Erfordernisse erscheinen der „Post“ so unbedeutend, daß sie sie auch nicht einmal mit einem Worte erwähnt. Worum es der „Post“ einzig und allein ankommt, das ist — der Nimbus, der strahlend das Haupt des kommenden Mannes umstränzt und diesen den Anblick eines Heiligen verleihen muß. Festgehalten zu werden verdienen folgende Ausführungen des schwerindustriellen Blattes:

wurde und seinem Jungen bezieht, daß er Maler oder Dichter werden will. Heute ist's ein sozialistischer Minister, der zwar wie ein Esel redet, aber doch sein goldenes Herz und den sogenannten gesunden Verstand zum Schluß sendet. Seine Aufregung! Bei Kaffeezeiten in Berlin R., S., C. und W. wird erzählt, wie Frau Minister Soundso sich anezugellen läßt, wie sie das Wasser der Fingerschalen als Limonade austrinkt und vor ihrem eleganten Serviermädchen in Angst zusammenzuckt. Herr Schirmer bezieht seinen neuen Blick aus den Kaffeekannen. Hat er schon einmal einen neuen Minister gesehen? Wenn er mehr hätte als dies Büchlein Epitaphien, könnte er Komödien schreiben, daß den Zuschauern die Bäuche vor Lachen in die Luft gehen. Er ist lau, er ist linde, er ist vorlaut, er ist übrigens im Leben ein schon älterer Wadenschuldirektor.

Herr Fallenberg, der für dieses Meisterwerk der braven Unrichtigkeit gemietet wurde, mimt den Minister vier Akte lang. Er ist blond, turbulent, kurzbeinig, noch Worten japsend mitten im schäbsten Wasserfall des Redens. Er ist eher Schulmeister als Gondwerkstoffmann aus dem Volk. Er schleppt die Säge, damit die Lachet sich nicht bellen. Er ist Komödiant und doch zu eben genial. Seine Zweitwelt, seine Sozialpolitik, seine Parteibuchorniertheit, das sind Tugend, Menschengröße, Charakter, ausübendes Geschick. Man merkt, wie er sich nach sich selber dreht, und trotzdem wirkt es ihn plötzlich in die Bahn des Geistes. Er kann mehr als er will. Er will nur eine Bondentrolle und alles andere um sich an die Wand quetschen. Der Instinkt, der ihn führt, überwindet seine Klugheit hundertmal. Fünf Minuten lang hat ihm als eberbürtig Berlins vornehmlicher Epitaphienpieler Hermann Pich gegenüberstanden. Man konnte jauchzen. Max Hochdorf.

Kommunalpolitische Probleme. In die Kreislagen des Reiches leuchtet ein Licht von dem preussischen Ministerpräsidenten und bekannten Kommunalpolitiker Genossen Paul Hirsch veröffentlichtes Buch, das vorgenannten Titel trägt. Es enthält die Vorträge, die Hirsch im Reichstagsrat 1910 an der Berliner Universität gehalten hat. Der Titel des Buches umfaßt Schwerwiegendes. Probleme im wahren Sinne des Wortes sind es, vor die sich die Gemeinden Deutschlands nach dem beispiellosen wirtschaftlichen und geistigen Zusammenbruch als Folge des Krieges gestellt sehen. Bevor das Ungemälde des Krieges hereinbrach, waren bereits in Tausenden deutscher Gemeinden starke Anläufe zu einer sozialistischen Kulturpolitik vorhanden. Nur das Dreiklassenwahlrecht hinderte die proletarischen Vertreter, in verstärkter Maße die sozialistischen Ideale zu verwirklichen.

Die materiellen Voraussetzungen, die niedergedrückten Volksschichten mit einem Schläge auf eine höhere Stufe der Kultur zu heben, wären vorhanden gewesen, wenn die Weibschonparlamentarismus der Vorkriegszeit für die geistigen und physischen Räte der Zeit etwas mehr Verständnis gehabt hätten. Der Krieg hat das ein

Ein Deutscher Kaiser konnte sich einmal versehen: kein in- oder ausländischer Würdenträger hätte sich erlaubt auch nur die Nase zu rümpfen. Herr Ebert mag als Reichspräsident auch das Klügste sprechen oder schreiben: es ist immer Herr Ebert, der es gesprochen oder geschrieben hat. Es fehlt ihm jeder Nimbus.

An diese von einer selbst bei der „Post“ übertrafenden Beschränktheit zeugenden Worte werden wir das edle Blatt erinnern, falls es später einmal behaupten sollte, daß es ihn bei seinem Kampfe um die Privilegien seiner Klasse lediglich auf sachliche Gesichtspunkte ankomme. Nicht Wertung der Persönlichkeit oder sachliche Leistung also ist es, worauf es diesen Leuten ankommt, sondern der Nimbus und das Trara sind für sie der Weisheit letzter Schluß. Mit diesem Nimbus verband es Wilhelm II. allerdings, sich trefflich zu umgeben, jedoch wohl schon die heutige Geschichtsforschung nicht mehr behaupten können, daß er trotz dieses Heiligenscheines einen anderen Eindruck als den eines Scheinheiligen machte.

### Das Programm der Vereinigten Sozialisten.

Der zweite Sitzungstag der Partei vereinigter Sozialisten Deutschlands wurde durch den Tätigkeitsbericht der Zentralstelle der sozialistischen Arbeitergemeinschaften (Wirtschaftskommission) eingeleitet, den Wille und Bauer erhalteten. Bauer empfahl für die kommenden Reichstagswahlen die Bildung eines Wahlfaktells, das alle sozial Denkenden als Eigenblock gegen den Kapitalismus und die Reaktion umfassen soll. Kießling-Werlin gab den Tätigkeitsbericht der Zentralstelle für Einigung. Die Zentralstelle habe sich mit allen Kräften bemüht, positive Einigungsbereitschaft zu leisten, aber die erzielten Erfolge seien zum größten Teil durch die Parteileitungen wieder zunichte gemacht worden. Dann sprach Ströbel über den Hauptpunkt der Tagesordnung: „Welche Mittel und Wege sind zwecks Einigung des Proletariats einzuschlagen?“

Ströbel schilderte zunächst die gegenwärtigen Verhältnisse, die eine Einigung der sozialistischen Parteien zur unbedingten Notwendigkeit machten, wenn nicht der deutsche Sozialismus auf ein halbes Jahrhundert vernichtet werden soll. Er machte dann Vorschläge über seine Bemühungen, die Vorstände der beiden sozialistischen Parteien für die Einigung zu gewinnen. Scheidemann erklärte, daß die Einigung weder an seiner Person, noch an der Kosten noch an Personensagen überhaupt scheitern solle, und er erklärte sich mit der Bildung einer rein sozialistischen Regierung und einer fünfgliedrigen Kommission jeder der beiden sozialistischen Parteien zur weiteren Erörterung der Einigungsfrage bereit. Ströbel setzte sich dann mit Führern der U. S. P. in Verbindung. Ein Führer lehnte ab, indem er darauf hinwies, daß eine rein sozialistische Regierung nur etwa 30 Prozent der Bevölkerung hinter sich habe, sich also nicht würde halten können. Zwei andere unabhängige Führer wollten erst den Verlauf des Leipziger Parteitag abwarten, der bekanntlich dann durch seine Beschlüsse den Weg zwischen den beiden Parteien nur vergrößert hat.

An der Hand von Richtlinien entwickelte Ströbel dann das Programm der neuen Partei vereinigter Sozialisten Deutschlands. Die „U. S. D.“ steht fest auf dem Boden der alten sozialdemokratischen Grundzüge, sie ist weder auf die formale Demokratie allein noch auf das Räteystem eingeschwenkt. Sie tritt für das parlamentarische System ein, erwartet aber nicht vom Wähler, von der parlamentarischen Tätigkeit alles Heil. Die Tätigkeit der Arbeitervertreter in den gesetzgebenden Körperschaften muß auf einer starken, tüchtigen und wirtschaftlicher Natur aufgebaut sein. Der Ausbau und die Eingliederung des Räteystems in den Wirtschaftsprozess und in den Gesetzgebungs- und Staatsorganismus ist eine der dringendsten und wichtigsten Aufgaben des demokratischen und sozialistischen Kampfes. Demokratie und Räteystem — nicht das eine oder andere allein — ist das Programm der neuen Partei. Das erste und letzte Ziel sozialistischer Politik, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, kann sich nur in organischer Fortschritt, unter steter Anpassung an die wirtschaftlichen Notwendigkeiten und die physiologischen Voraussetzungen vollziehen. Mit der Sozialisierung muß so schnell wie möglich der Anfang gemacht werden. Die Voraussetzung dafür, der erste Schritt dazu ist das Zusammengehen aller Sozialisten. Hand in Hand mit der Sozialisierung muß eine großzügige Planwirtschaft gehen. Weitere Programmpunkte sind inwiefern und

kräftigende, an Kultur so reiche Hand bis in die Lebenszellen, die Städte und Dörfer völlig verarmt. Diese Tatsache wird für den sozialistischen Kommunalpolitiker zu einer bitteren Tragik in dem Augenblick, wo der berechnete Schritt der begeisterten, unter den elendesten Ernährungsbedingungen lebenden Volksmassen um Erleichterung des Daseins an sein Ohr dringt.

Ist es nicht eine tiefe Tragik, daß in dem Augenblick, wo der Sozialismus zur Herrschaft kommt, sich seiner Verwirklichung die größten Hindernisse in den Weg stellen? Der sozialistisch denkende Arbeiter weiß die Schwierigkeiten, unter denen unsere Vertreter in den Gemeinden tätig sind, wohl zu würdigen, die über große Mehrzahl vermag sich in den Wirren unserer Zeit selber nicht zurechtzufinden. So ungenügend die Zeit aber auch für eine rasche sozialistische erfolgreiche Arbeit in den Gemeinden sein mag, es stände unseren Vertretern als den Repräsentanten einer großen Kulturbewegung schlecht an, die Köpfe hängen zu lassen. Die dringend notwendig gerade jetzt ihre Kraft auf den mannigfachen Gebieten des kommunalen Lebens ist, das zeigt uns eben Paul Hirsch in seinem Buch.

Die Tätigkeit der Gemeinden auf dem Gebiet der Lebensmittellieferung, der Wohlfahrtspflege, der Gesundheitspflege, der Wohnungspolitik wie der Kulturpolitik in der ungenügendsten Form bildet geradezu die erste Voraussetzung für die geistige und materielle Erneuerung der Menschheit. Diese Tätigkeit hat Hirsch in seinen Vorträgen prächtig gezeichnet, weshalb sie unseren in den Kommunen tätigen Genossen nicht nur, sondern allen, die sich für die grundlegenden Fragen des kommunalen Daseins interessieren, zum eingehenden Studium dringend empfohlen werden können.

Karl Bernath.

Eine deutsche Städtebau-Ausstellung in Norwegen. In diesen Tagen findet in Bergen eine deutsche Städtebau-Ausstellung statt, deren Zustandekommen dem Bauinspektor Werner Schein (Königs) zu verdanken ist. Die Ausstellung wird von bedeutenden deutschen Städtebau-Ingenieuren besucht.

Die Gedächtnisfeier für Ludwig Kubler findet heute Abend, 8 Uhr, in der „Philharmonie“ statt.

Die Wander der Wänschelwarte. In der Polytechnischen Gesellschaft hält am 11. März, abends 8 Uhr, im Reichslandgebäude, Köpenicker Straße 33, Ingenieur Martin Beck einen Experimentvortrag: Die Wander der Wänschelwarte und des librischen Umbels. Gäste willkommen.

Die Produktivgenossenschaft bildender Künstler „Das Feld“ veranlassen in der zweiten Hälfte des März 1920 im Karlshof, Breite Str. 36, eine größere Kunstausstellung von Gemälden, Glas- und Graphik. Anmeldungen im Karlshof oder im Kaffee, Linke 13.

Theaterkritik. Das Czujawener Stadttheater ist zusammengebrochen; sein betrüblich verschuldetes Direktor ist geflohen.

Ein betrüblicher Kunstschicksal ist aufgedeckt worden. Der Berliner Kunstverleger Hirsch, der Kunstverleger Wobener Operntheater vertritt, wird zunächst als der Geschädigte genannt. Er ist aber nicht der einzige Betroffene. Eine Schwindelbande aus 18 Personen hat die maßgebenden Einflüsse in künstlerischen Sachangelegenheiten und auf den Markt gebracht. Davon wurden seit alle größeren Kunstwerke betroffen, nach Angabe der „Berliner Arbeiter“, um Millionenbeträge.

höherer Abrüstung. Die Revision des unerschütterlichen Friedensvertrages soll ausschließlich durch moralische Mittel, durch das Zusammengehen aller demokratischen und sozialistischen und progressiven Kräfte erreicht werden. Der Völkerverbund soll in ein Weltmittel der vereinigten Völker umgewandelt werden. Eine neue Partei fordert Frieden, Freundschaft und Wirtschaftskontakte mit allen Ländern. Nicht die zweite oder dritte Internationalen darf die Lösung sein, sondern nur die geeinte Internationale.

### Vom Untersuchungsausschuß.

Auf Wunsch des zweiten Untersuchungsausschusses veröffentlicht Graf Max Montegolas sein dort gehaltenes Referat über die Erklärung Nollath vom 5. Dezember 1918 in der italienischen Kammer. Czeperreiß-Ingara habe am 1. Juli 1918 während des Zusammenstiegs Italiens und Deutschlands die Absicht mitgeteilt, gegen Serbien vorzugehen und diese Aktion als eine wesentliche Maßnahme bezeichnet. Auf Grund der deutschen Äußerungen über die damaligen Verhandlungen des Unterstaatssekretärs Zimmermann und auch Wilhelm II. erklärt Graf Montegolas, daß Berlin sich damals nicht an einem Komplott gegen Serbien beteiligte, sondern sofort nach freien Städten auf Wien im Sinne der Wahrung und der Erhaltung des Friedens eingewirkt hat.

Zur Neuregelung der Richtenverfassung in Preußen wird die Generalversammlung einberufen werden, nachdem mit der Staatsregierung ein Einverständnis über die Sicherstellung einer wirksamen Beteiligung der Bauern und die gerechte Verteilung des Stimmengewichts zwischen Stadt und Land in der verfassunggebenden Versammlung erzielt worden ist.

## Gewerkschaftsbewegung

### Streik in der Maßschneiderei.

Die Arbeitnehmer in den Betrieben der Damenmaßschneiderei fordern eine Lohnaufbesserung, welche der Arbeitgeberverband abgelehnt hat. Alle Versuche der Arbeitnehmer, den Arbeitgeberverband zu Verhandlungen zu bewegen, blieben erfolglos. Deshalb wurde am vergangenen Mittwoch bei den dem Arbeitgeberverband angehörenden Firmen der Damenmaßschneiderei die Arbeit niedergelegt. Darauf traten dann die Arbeitgeber mit der Vertretung der Schneiderbetriebe in Verhandlung. Sie verlangten aber eine wesentliche Herabsetzung der Lohnforderung und eine Bindung bis zum 1. Juli. Die Vertreter der Arbeitnehmer erklärten, sich auf diese Bedingungen nicht einlassen zu können. Sie brachen die Verhandlungen ab und riefen den Schlichtungsausschuß an, der heute (Montag) die Angelegenheit verhandeln wird.

Am gestrigen Sonntagvormittag tagte im großen Saal des Gewerkschaftshauses eine überfüllte Massenversammlung der in der Damenmaßschneiderei beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Der Ortsvorsitzende Schumann trug den vorliegenden Sachverhalt vor und teilte mit, daß sich die Herrenmaßschneider mit den streikenden Kollegen erklärt haben und am heutigen Montag sich ebenfalls der Arbeit niederlegen werden, um damit auf die Erfüllung der Forderungen ihrer Kollegen von der Damenmaßschneiderei hinzuwirken.

Die Versammlung billigte einstimmig den Streikbeschuß der Vertrauensleute und beschloß, die Arbeit nicht eher aufzunehmen, als bis die berechtigten Forderungen erfüllt sind.

### Die Buchbinder für eine 100prozentige Lohnzulage.

Die Buchbindermeister und -arbeiterinnen, sowohl in Buchbindereien, Buchdruckereien und Geschäftsbuchdruckern arbeiten, bestanden am Sonntagvormittag im Großen Saal des Deutschen Hofes, Ludwiger Str. 15, eine gutbesuchte Versammlung ab. Am 10. März sollen in Leipzig die Verhandlungen mit den Unternehmern wegen einer Erhöhung der Löhne beginnen. Gegenwärtig bemerkt in seinem Referat darauf, daß im Vorjahr fünf Teuerungszulagen gewährt wurden, daß aber bei den rapid steigenden Preisen die Zulage immer hinter den erhöhten Ausgaben zurückbleibt, so daß damit die Lebenshaltung immer weiter sinkt. Bei der Vertretung dieser Forderungen sei von den Unternehmern wiederholt auf die größere Geschäftslage der Buchdrucker verwiesen worden. Auch die neue Forderung der Buchdrucker bringe noch nicht einmal das, was die Buchbinder schon am 18. Februar erhielten. Es werde notwendig sein, daß die Arbeiter des graphischen Berufes zukünftig gemeinsame Aktionen unternehmen. Solche Geschlossenheit werde auch nötig sein gegenüber den Bestrebungen der Unternehmer, die Arbeitszeit wieder auf die Vorkriegszeit zu erhöhen. Bezüglich des Tarifwesens sagte der Redner, es dürfe nicht unbedingt an den alten starren Tarifpolitik festgehalten werden. Jeder Tarif bedeute immer nur das Minimum dessen, was der Arbeiter gebraucht. Der zweite Referent Kaspar schildert die Entwicklung zum Tarifwesen und das Verhalten der Arbeitgeber bei den letzten Verhandlungen.

In der Diskussion wurde von allen Rednern die Notwendigkeit einer Lohnreduktion nachgewiesen. Da auch wiederholt auf die Zersplittertheit der Arbeiterschaft nach politischen Richtungen verwiesen worden war, erklärte A. Hoff: Er glaube im Namen seiner politischen Freunde von der C. P. D. sagen zu können, daß die Bewegung vollständig einig und geschlossen durchgeführt werden müsse. Wenn die Unternehmer gleiches, mit unserer politischen Uneinigkeit rechnen zu können, so ändern sie sich. Unser gewerkschaftlicher Kampf muß gemeinsam geführt werden.

Nach einem Schlußwort von Gerny wurde eine Resolution einstimmig angenommen, wonach sich die Versammlung für eine 100prozentige Lohnzulage ausspricht.

### Streik im Sutter- und Kolonialwarengroßhandel.

Die Verkäufer, Arbeiter, Arbeiterinnen und Kassaboten befinden sich seit Mitte Februar in einer Lohnbewegung. Die Lohnsätze waren bisher: 180 M. für Verkäufer, 135 M. für Arbeiter, 87,50 M. für Arbeiterinnen pro Woche und 510 M. für Kassaboten. Bei den häufigen Verhandlungen mit den Unternehmern haben die Arbeitnehmer ihre ursprünglich höheren Forderungen ermäßigt auf 15 M. Teuerungszulage ab 1. Januar 1920 und eine Lohnerhöhung von 35 M. pro Woche für männliche und 17,50 M. für weibliche Beschäftigte.

Diese Forderungen haben die Unternehmer abgelehnt. Eine am Donnerstag, den 4. März sehr zahlreich besuchte Versammlung der beteiligten Arbeitnehmer beschloß einstimmig, am Freitag früh den Unternehmern noch einmal die Forderungen zu unterbreiten. Dies ist in allen Betrieben geschehen, die Unternehmer haben aber auf ihrer Weigerung bestanden. Die Kollegenschaft ist daraufhin dem Beschlusse der Versammlung folgend am Sonntagabend früh in allen Betrieben in den Streik getreten.

Heute, Montag, findet vor dem Schlichtungsausschuß eine Verhandlung in dieser Streikfrage statt. Am Montag, den 8. März, abends 7 Uhr, findet im Lokal „Engländer Hof“, Alexanderstr. 27c, eine Versammlung der Arbeitnehmer aus den betroffenen Betrieben statt, welche zu dem Schlichtungsversuch resp. zur Wiederaufnahme der Arbeit Stellung nehmen soll.

Zu bemerken ist noch, daß die Beschäftigten der Einkaufsgenossenschaft der Händler und Konditionen an dem Streik mit beteiligt sind. Es kommen circa 20 Großbetriebe in Frage.

## Wirtschaft.

### Zur wirtschaftlichen Lage.

Wir befinden uns in: sogenannten Wiederaufbau. Vieles steht dazu, vor allem ein einheitliches Volk, ein klares wirtschaftliches Ziel und ein großzügiger Arbeitsplan. Die Kapitalisten wollen die Arbeitsweise fortsetzen, die sie vor dem Kriege reich und während des Krieges noch reicher gemacht hat, große Massen des Volkes wollen dagegen mit diesem System brechen und eine neue Wirtschaftswelt beginnen, eine Gesellschaftswirtschaft errichten, an deren Gesamtvertrag die Gesamtheit gerechten Anteil erhält. All den verschiedenartigen Maßnahmen gegenüber, die heute getroffen oder vorgeschlagen werden, um den wirtschaftlichen Aufbau zu ermöglichen, erheben sich Einwände, die antikapitalistischer oder antisozialistischer Natur sind.

Die Führer der Wirtschaft sind — mit Ausnahme einiger sozialistischer Minister — Kapitalisten, alle Vorschläge, die aus ihren Kreisen kommen, zielen daher auf eine Erhaltung der privatkapitalistischen Wirtschaft hin. Das entbehrt und nicht von der Pflicht, ihnen größte Aufmerksamkeit zu schenken und auch zu beobachten, welche Kritik diese Vorschläge im kapitalistischen Lager finden.

Wollen wir uns auf den Standpunkt stellen, daß alle diese zahlreichen Pläne, Karogungen, Denkschriften usw. uns eigentlich gar nichts angingen, weil sie ja nicht direkt der Errichtung einer sozialistischen Bedarfsdeckungswirtschaft dienen, so würden wir doch eine schwere Schuld auf uns laden, denn gerade dadurch, daß wir alle die Unternehmungen und Bemühungen registrieren und ihre Kritiken dazufragen, erschließen wir der sozialistischen Arbeiterklasse einen Keim Einblick in das komplizierte Gewebe der kapitalistischen Wirtschaft. Wir sehen deutlich, wo die Fäden in Schuß und Rente gerissen oder morsch geworden sind und wo das, wie am besten die neuen Karten haben durchgezogen werden können, die das neue Gewebe für die neue Wirtschaft bilden sollen. Diese Schulung und Erziehung zur Wirtschaftsführung ist dringend notwendig, weil bisher die Arbeiterschaft von der wirtschaftlichen Leitung der Arbeit ausgeschlossen worden ist. Weil sie aber selbst die Fäden in die Hand nehmen, bestimmen, was und wie produziert und verteilt werden soll, so genügen dazu nicht einige Minister.

Alle Zusammenschlüsse in der Produktion und im Handel dienen der Vereinfachung der Wirtschaftsführung. Unsere Wirtschaft, die aus rund 4 Millionen Einzelbetrieben besteht, mag, wird durchsichtiger, je stärker die Vereinigungen, die Zusammenfassungen nach Fachgebieten zu Fachgruppen vor sich gehen. Daher begrüßen wir alle Vorgänge in der kapitalistischen Wirtschaft, die wir als wirtschaftliche Selbstverwaltungskörper, als Syndikationen, Bestreitungen, ja selbst wenn es nur Konventionen sind, entstehen sehen, als Stoppfen auf dem Wege zur Gemeinwirtschaft. Gewiß führen diese Unternehmungen zu gewaltigen Verstärkungen der Kapitalmacht und stärker als je erheben die kapitalistischen Führer die Faust der Regierung und der Arbeiterschaft gegenüber. Aber das darf uns nicht ängstigen, wissen wir doch, daß die viel, viel größere Macht bei der Arbeiterschaft liegt, insbesondere dann, wenn sie als Einheitsfront sich zusammenschließt.

Die Sorge um das tägliche Brot nimmt uns aber vor allem in Anspruch. Da uns Lebensmittel und Rohstoffe fehlen, da wir sie gezwungen aus dem Ausland beschaffen müssen, sind wir gezwungen, uns den Bedingungen und Forderungen, die sich aus der Beirichtung dieser Bedürfnisse in rein kapitalistischen wirtschaftlichen Ordnungen ergeben, zu fügen. Unsere Wünsche und Forderungen für den Umbau in unserem Sinne müssen zurücktreten, wenn es vor allem einmal gilt, das Gepein des Hungers von uns abzuwenden, das sich bereits unserer Machtigkeit hat.

So ist unsere Lage außerordentlich schwierig und ungeheuer verantwortungsvoll. Wir werden den rechten Weg aus ihr heraus wohl so nur am besten finden, daß wir den täglichen Bedürfnissen Verdrängung sichern und uns durch ernste Arbeit vorbereiten, um die Wirtschaftsführer heranzubilden, die befähigt sein werden, die großen Aufgaben der neuen Wirtschaft erfolgreich zu lösen.

## Groß-Berlin

### Die Berliner Elternbeiratswahlen.

Am gestrigen Sonntag fanden in Berlin und in einigen Vororten die Wahlen zu den Elternbeiräten statt. Nach den bis 11 Uhr abends vorliegenden Teilergebnissen ergab sich folgendes:

C. P. D.	10 000 und 300 Mandate
U. S. D.	24 000 und 570 Mandate
Christlich-Unionist.	31 000 und 630 Mandate

Wie wenig dieses Wahlergebnis einen Maßstab für die politischen Machtverhältnisse in Berlin abgibt, zeigt deutlich, daß die Christlichen fast ebensoviel Stimmen aufgebracht haben wie die beiden sozialdemokratischen Parteien zusammen. Wir hoffen, daß bis zur nächsten Elternbeiratswahl alle diejenigen, die getrieben die Christlich-unionistische Liste gewählt haben, einsehen, daß sie einen großen Fehler begangen haben. Für uns aber soll dieser Wahlausfall eine Lehre sein, in Zukunft mit mehr Energie und mit mehr Willen zum Sieg in den Kampf zu gehen. Wir können es und nicht leisten, daß unsere Genossen den Gegnern in gleichgültiger Weise das Feld überlassen, das zu bestreiten ihre Pflicht wäre.

### Der Landhunger des Großstädters.

#### Rundgebung der Siedler und Landkolonisten.

Gegen Wohnungsnot und Nahrungnot riefen die Siedler und Landkolonisten aus Groß-Berlin, die sich am gestrigen Sonntag im Circus Busch versammelt hatten, die Regierung zu tatkräftigem Handeln auf. Sie erwarten Bänderung dieser Mängel, wenn die Besiedlung der Umgebung Berlins und zugleich die gärtnerische Nutzung des Bodens gefördert wird.

An Stelle des als Referent angekündigten, aber ausgebliebenen Bodenreformers Damagala sprach sein Anhänger Subahn über die Heimstättenfrage. Die nur durch ein Heimstättengesetz mit Enteignungsrecht zu lösen sei. Er glaubte, die Regierung mahnen zu müssen, daß sie die in der Verfassung gegebene Heimstättenzulage fällt. Genuß wird, rief er, die Stunde kommen, wo das Volk nimmt, was es braucht. (Zusammengang.)

Auch Stadtbaurat Wagner-Schöneberg wünschte, daß die Regierung gegenüber der Siedlungsfrage sich weniger passiv verhalten möge. Die Wohnungsfinanzierung sei heute bei den hohen Baukosten nur noch durch eine für das Wohnungsweisen anzukrebbende Planwirtschaft zu ermöglichen. Das Gesetz über die Riefkeuer, deren Entzug die Mittel zu Neubauten liefern soll, werde für das Jahr 1920 wohl zu spät kommen. Den Baumaterialienwucher erschwere der Nachschub selber, der den Holzpreis in Nationen bis 600 M. pro Kubmeter treiben lasse. Wagner verlangte, daß die der Großstadtenwicklung entgegengesetzte Strömung gefördert, der

Schrei nach der erlösenden Schule erlöset und durchgreifende Abhilfe geschaffen wird. (Starker Beifall.)

Der Vorsitzende des Verbandes der Landkolonisten, Genosse Franz Steinweg-Kenteln, gestellte die Maßnahme des Eisenbahnministers, den Siedlern und Kolonisten die bisherige Fahrpreismäßigung zu entziehen. Angesichts der Ernährungsschwierigkeiten sei es geradezu Wahnwitz, auf diese Weise die Nahrungsmittelherzeugung zu unterbinden, deren Ertrag auf Groß-Berliner Landbau und in 1916 sogar bei Berechnung nach Friedenspreisen einen Wert von 12 Millionen Mark gehabt habe. Den Großgärtnern habe man Weintrauben bewilligt, damit sie mehr Getreide abliefern, den Kleingärtnern aber werde durch höhere Löhne ihre Arbeit erschwert und verleidet. Steinweg schloß: Wir fordern Wiedereinführung der Fahrpreismäßigung. Nehmt's von den Bauern, die fleißigen aber soll man unterkühlen. Baldige Zeit für die fleißigen! (Beifall.)

In der Diskussion sprachen auch Vertreter der Kriegsbeschädigten, für die ja die Siedlungsfrage besonders wichtig ist.

Angenommen wurde eine Resolution, die in der Hauptsache folgendes sagt: Die Versammelten fordern von der Regierung sofortige Vorlegung eines Heimstättengesetzes mit durchgreifendem Enteignungsrecht für die Gemeinden. Jedem, der eine Heimstätte wünscht, sind billige Boden und die notwendigen Mittel zu gewähren. Erwärmt wird eine andere Politik in der Baufrage; die Zuläufe dürfen nicht durch hohe Holzpreise der Staatsforsten wieder eingesogen werden. Im Interesse der Volksgesundheit und zur Erleichterung der Ernährungsverhältnisse wird verlangt, die unterirdischen und unproduktiven Fahrpreise für Siedler und Kolonisten auf ein erträgliches Maß zurückzuführen. Gefordert wird ferner, die Riefkeuer nach den Familien- und Wohnverhältnissen wirklich sozial festzusetzen und Vertreter der Interessenten bei der Beratung zuzuziehen. Alle Parteien, Verbände und Behörden werden aufgefordert, nicht mehr zu bauen, daß unter Volk in den lebenswichtigen Siedlungs- und Baufragen immer wieder an der Auswirkungs seiner zum Wiederaufbau drängenden Kräfte verhindert wird.

### Gegen die Einheitsgemeinde.

Im Charlottenburger Rathaus fand Sonntag eine von einem Freien Ausschuss einberufene, stark besuchte Versammlung gegen die hochbedrückende Bildung einer Einheitsgemeinde Groß-Berlin statt. Stadtrat Dr. Spiegel-Charlottenburg hielt das Hauptreferat, in dem er auf die ideellen und tatsächlichen Schädigungen hinwies, die von der Durchführung der Einheitsgemeinde Groß-Berlin zu erwarten sind.

In der Debatte wurde als erster Redner Rektor Kottbusch-Sieglitz darauf hin, daß weder die Provinz Brandenburg noch der Kreis Teltow getrennt werden dürften. Die Einheitsgemeinde sei ein Sprung ins Dunkle. Hinter dem ganzen Gegenstande schwebte politische Motive zu schimmern. Sieglitz lehnte die Eingemeindung ab. — Stadtvorstandsvorsitzender Fabian-Wilmersdorf wandte sich in seiner Eigenschaft als Ingenieur mit Rücksicht auf die Aufgaben, die der Techniker in der Gemeinde zu erfüllen hat, mit großem Nachdruck gegen die Einheitsgemeinde. — Gemeindefinanzminister Sturm-Friedenau: Die Einheitsgemeinde ist undurchführbar, weil man das Pferd am Schwanz aufhängt. — Stadtsyndikus Sembrink: Charlottenburg erklärt ebenfalls, daß man eine Einheitsgemeinde, so wie sie geplant ist, nicht von einem Rathaus aus verwirklichen könne. — Dr. Kantorowicz-Spandau lehnte die Einheitsgemeinde für Spandau ab.

Es wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der scharfer Protest gegen die Einheitsgemeinde Groß-Berlin erhoben wird. Einverständnis erklärte sich die Versammlung mit der Zusammenfassung kleiner lebensschwacher Landgemeinden und Gutsbezirke und wünscht unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung der Einzelgemeinden die Übertragung der notwendigen Gemeinschaftsaufgaben an einen zu bildenden Kommunalverband. Wird die Aufgabe anders gelöst, so besteht die Gefahr, daß die Entwicklung von Groß-Berlin einen nicht wieder gutzumachenden Schaden erleidet und der Fortbestand der Provinz Brandenburg in Frage gestellt wird.

### Kohlen in Menge — und dennoch Kohlenknappheit!

Wird die neueste Kohlenpreiserhöhung die letzte gewesen sein? Ach, es hat längst kein Mensch mehr den Mut, so etwas zu hoffen! Da sollten für das nächste Mal die zuständigen Behörden wenigstens Vorkehrungen treffen, daß nicht wieder Kohlen erst in dem Augenblick zu haben sind, wo die höheren Kohlenpreise in Kraft treten. Im „Vorwärts“ ist bereits darauf hingewiesen worden, wie sehr die nicht rechtzeitig mit Kohlen belieferten Verbraucher dadurch geschädigt werden, daß sie die auf ältere Kartenabschnitte jetzt nachgelieferten Kohlen zu den höheren Preisen abnehmen müssen.

Die Erregung hierüber zittert immer noch nach in Briesen, die uns angrenzen. In Briesen war bei einem Kohlenhändler in den letzten Tagen des Februar beobachtet worden, daß er Kohlen in Mengen aufgeschapelt hatte. Trotzdem belieferte er Kunden nicht nach Maßgabe der schon früher freigegebenen Abschnitte, sondern ließ nur geringe Mengen ab. Als aber der März kam, der die neuen Kohlenpreise brachte, war man auf dem Kohlenplatz plötzlich bereit, alle Wünsche zu befrichtigen. Frauen, die es als Lieberbeteilung empfanden, daß sie für die längst fällig gewordenen Kohlen jetzt den höheren Preis zahlen sollten, liefen in ihrer Erregung gemeinsam zur Polizei. Dort wurden sie an die Kohlenstelle im Briesener Rathaus geschickt, und von ihr ließen sie sich beschwichtigen durch die Zulage, die Sache solle untersucht werden. Welches aber war das Ergebnis der Untersuchung? Inzwischen hat die Kohlenstelle auf nachdrückliche Anfrage die Antwort gegeben, sie habe sich mit der Kohlenstelle Groß-Berlin in Verbindung gesetzt, doch sei gegen die Forderung der Kohlenhändler — nichts zu machen.

Zu machen ist deshalb nichts, weil über den Preis der schon vorher eingefahrenen Kohlen keine ausdrückliche Bestimmung getroffen worden ist. Darum fordern wir schon jetzt, daß Vorkehrungen getroffen werden, die Wiederholung solcher Dinge zu verhüten. Auch muß künftig in den Wochen und Tagen vor einer neuen Kohlenpreiserhöhung durch schärfste Kontrolle der Kohlenplätze darüber gewacht werden, daß keine Warenrückhaltung möglich wird.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

### Heute, 8. März.

#### Referat.

Wilmersdorf, 7 1/2 Uhr Mittags-Vollversammlung. Thema: Die bewusste Zerschlagung der Öffentlichkeit durch den Führer der Reichspartei. Dr. Reibig. Referent: Genosse Edemann.

### Morgen, 9. März.

#### Berlin.

17. Ubr. 7 Uhr Mittags-Vollversammlung „Arbushof“, Verlegerberg Straße 24. Genosse Landrichter Kuben: „Demokratisierung der Verwaltung.“

#### Rorort.

Siehnberg, 7 1/2 Uhr abends, 1. Bezirk, Versammlung im „Sogen-Rosina“, Anortpromenade. Referent: Genosse Müller.

## Jugendveranstaltungen.

Sozialistische Schüleraktion. Heute 16 Uhr, Jugendklub, Lindenstraße 3. Vortrag des Genossen Lehmann über: Jugendbewegung und nationale Idee. Interessierte Schulkameraden als Gäste willkommen.

# Auch die sauberste Mutter

ist der Gefahr ausgesetzt, daß ihr Kind aus der Schule gelegentlich Ungeziefer mitbringt. Sie kann es aber — Ungeziefer nebst Nissen — sofort durch Kopf- und Haarwasser Pfeifferol radikal beseitigen. Dabei säumt unser Haarwasser prächtig, reinigt die Kopfhaut von Schuppen, befördert den Haarwuchs und macht das Haar voll und locker. Flasche 3,— M. und 4,50 M., überall zu haben.

Parasiten-Liniment gegen Körper- u. Kleiderläuse, Fl. 8 u. 4,50 M.  
Trieresol-Puder Pfeifferol gegen Flöhe, 2,— M.  
Hautereme Pfeifferol, Tube 2,75 M.  
Frostereme Pfeifferol, in Tuben und Dosen 3,— M.  
Wanzentod Pfeifferol, Flasche 3,50 M., 6,— M. und 8,— M.

Apotheker Otto Pfeiffer & Pehler, N. 65, Schulstr. 17.

## Theater, Lichtspiele etc.

### APOLLO

Theater  
Friedrichstraße 218  
Direkt. James Klein  
7 1/2 Ausland-7 1/2  
März-Sensationen  
Hades die erste  
Japaner wieder in  
Berlin  
4 Williams  
Cowboy-Lasso  
Sylvester-Cremo  
Fam. Meister-Karier  
Amerikanische  
Puppenspieler  
vom Royal-Orpheum  
Mit Kind u. Partner  
Zahnflug  
mit hängenden Men-  
schen durch den Zu-  
schauerraum  
Mary Blank  
Meister Jongeuse  
u. and. Sensationen  
Sonntag 3/4 Uhr jed.  
Erwachs. 1 Kind frei

### Circus Busch

Montag, 3. März, 7 1/2 Uhr  
Das neue  
März-Programm  
Tuxin d. Mann u.  
Ego's ulkige  
Fouertanz  
Residenz-Kasino  
10 Blumenstraße 10.  
Tanz u. Kabarett  
Admirals-Palast  
Die lustige Puppe  
!!! Geld !!!  
Für jede Strafe. Große  
Aufsätze für Blaublauer.  
Schiffbau, Holzgeschäfte,  
Exhib. Bildet um. Wolff,  
Friedrichstr. 41 III. Gds. Raditz.

**ECHTER TEE**  
QUALITÄTS  
MARKE  
JOHANNES GOTTE, TEE-IMPORT  
DRESDEN 16

**Spezialarzt**  
Dr. med. Hasché  
Friedrichstr. 90  
Spr. 10-1, 3-8. Sonnt. 11-1.  
Harn- u. Blutuntersuchung

**Spezialarzt**  
Dr. med. Grüterling  
Haut-, Harn-, Unterleibsleiden.  
Männ. u. Frauen, Blutunter-  
suchung. Invalidenstraße 35, Ecke  
Chausseestr. Stett. Bah. Spr.  
11-1 u. 4/6-8, Sonnt. 11-12

**Frauen**  
Die von der fr. Ober-  
hebamme an der ge-  
burtschulisch. Klinik  
der Charité, Berlin,  
Frau Anna Hein,  
tausendl. erprobten  
Menstrual-Tropfen  
würden keiner Frau  
fehlen. Flasche M. 19.  
Pulver M. 8. Versand  
diskret p. Nachn. von  
Frau Anna Hein  
G. m. b. H.  
Bin. 160, Potsdamer  
Str. 106a, I. Fig.  
Prospekt gratis

**Alte Gebisse**  
auch zerbrochene, bis 3000 Mark.  
Einzelne Platinstillzähne von 21,50—200 Mark,  
jedoch nicht unter 11,50 M. pro Zahn,  
Platin-Brennstifte, Kontakte usw.  
bis 300 Mark pro Gramm.  
Gold, Silber, Geräte, Schmuck-  
sachen und Juwelen kauft zu  
den höchsten Tagespreisen  
täglich von 9 bis 8 Uhr abends  
**J. Herz, Fehrbelliner Straße 52,**  
Vorderhaus links parterre.  
Sonntags nur von 6 bis 8 Uhr abends.

**Sattelmagen**  
mit allen anderen Transport-  
geräten, billigst. Groß-Worm  
H. Wagner, Köpenick, St. 71

**Küchen**  
Isoliert, isoliert u.  
Unverwundbar. 1942  
Wichtigste Marke.  
Küchenmöbel-Fabrik-Lager  
für Frankfurter Str. 4  
Ecke Fruchtstraße.

**Lombard-Haus**  
H. Graf, Leipz. Str. 75 II  
Höchste Bezahlung  
Diskret, Realiste  
Gelegenheits-  
käufe, Uhren,  
 Brillanten,  
 Schmucksachen.  
10-50%, mit Ladendr.

**Platin höchsten Preis**  
Brennstifte, Goldbruch und Silberbruch  
**Gebisse Zahn 20,00 M.**  
kauft Linke  
Bücherstraße 40  
Port. 2, II, 9-7 Uhr.

**Dr. Hoffbauer's ges. gesch.**  
**Yohimbin-Tabletten**  
Reines Yohimbin enthaltend  
gegen Schwächezustände beiderlei Geschlechts.  
Original-Verpack. 50 St. 14,50, 100 St. 24,—, 200 St. 45,—  
Literatur diskret und gratis.  
**Elefant-Apotheke, Berlin SW 19**  
Am Zentr. 7192, Leipziger Str. 74 (Dönhofsplatz)

**Blei! Zinn!**  
**Weißmetall!**  
alle Belegungen, je je Menge  
zu höchsten Tagespreisen kauft  
Weißmetall - Einkaufsbureau,  
Weberstr. 46  
(Hleg. 4243)

**Zigaretten**  
Nur deutsche preisw. Zigaretten,  
Nur in verschickten  
Päckchen.  
Sollte Bezugsquelle i. d. Gegend  
**L. Manholmer, Berlin,**  
Bismarckstr. 1 (N. Kreuzberg)

**Aus erster Hand**  
reelle dreifig. Matratzen zu bekannt billigen Preisen  
Ruhebetten v. 178 M. an, Stahlmatt. 1. led. Holzbett,  
passend, Feldbetten 50 M. Ref. necka, SW., Karz. b. Str. 25.

**Alte Gebisse**  
auch zerbrochene bis 3000 M.  
Kein Zahn unter 21,— Mark  
wo die Echtheit festgestellt ist.  
Knopfstillzähne 9—M.  
Zahn 21, 25, 30 Mk. (Platinanfertigung)  
Platin-Brennstifte zu den höchst.  
Tagespreisen.  
Zahnärztl. Laboratorium Leschke  
**Neue Kantstraße 32**  
II rechts. — Am Bahnhof Charlottenburg.

**Gold-Bruch**  
**Silber-Bruch**  
**Kupfer**  
**Messing**  
**Blei**  
**Zink**  
**Zinn**  
kauft zu höchsten  
Tagespreisen  
**Silber-Zentrale**  
**Gotzkowskystr. 13**  
Geöffnet von 9-6 Uhr.

**Altmetalle!**  
Kupfer, Messing, Zinn,  
Zink und Blei, auch Gold  
und Silber kauft  
über Tagespreise  
Altmetalle Bärwaldstr. 40.

**Elektromotore**  
Gleichstrom :: Drehstrom  
kauft  
Ingenieurbureau Schlichting  
Berlin W 9, Lindestr. 10.  
Tel. Lützow 3705 und 8815

**Kupfer 26.-**  
Messing 15.—, Aluminium  
20.—, Quecksilber 150.—,  
Blei 10,50, Zinn bis 70.—,  
Nickel bis 35.—, zahl  
Metall-Ankaufsstelle,  
Lothring. Str. 39/40, L. 1.

**Edelmetalle**  
und Altmetalle, Kupfer, Messing,  
Zinn, Blei, Zink, laut höchst-  
gehobten  
Metall-Einkaufs-Zentrale  
Kottbuser Damm 66  
(Hermannplatz), Mpl. 125 80.

**Platin**  
höchste Preise  
**Zahngelisse**  
bis 3000 Mark.  
**Gold, Silber-**  
schmucksachen  
Gebrauchs-  
gegenstände  
sowie Bruch  
konkurrenz. Preise  
**Pilz**  
Alte Schönhauser  
Straße 19 II.  
Geschäftszeit:  
9-5 Uhr.

**Metalle bedeutende Preiserhöhung!**  
Platin! Zahngelisse, Zahn bis 75 Mark.  
Gold u. Silbersachen! Münzen! Sel-  
ters. Silber! Quecksilber! Kupfer! Rot-  
guss! Messing! Nickel! Aluminium! Zinn!  
Stannolpapier! Zink! Blei! Flusssäure!  
Schriftblei, alle Metalle höchst zahlend  
**Edelmetall-Einkaufsbureau,** Weberstraße 46  
— Alex. 4243

**Alte Zahngelisse**  
pro Zahn 15 bis 18 M.  
**Platin, Brennstifte, Kontakte,**  
**Goldbruch, Silberbruch**  
kauft zu höchsten Tagespreisen  
**A. Unger,**  
Alte Schönhauser Str. 13/15  
Unverladen.

**Pianos**  
Senzflügel, Harmonien jeder Holz- u.  
Stahlfart. Kunstspielapparate, Noten-  
rollen, Georäusche Instrumente, in  
eigener Reparaturwerkstatt wie neu hergestellt, unter  
voller Garantie. Verkauf nur gegen Kassa, daher  
billigste Preisberechnung. Annahme von Aufarbel-  
tungen, Reparaturen und Stimmungen.  
**Max Adam, Münzstraße 16.**

Wenn Sie gegen **Rheumatismus, Gicht,** gichtart. Beschwerden,  
Lichtstr., Nervenschmerz,  
Schlag, Nervenmüdigkeit,  
alles umsonst oder ohne  
dauernden Erfolg angewandt, lassen Sie sich meine aus-  
süßliche beienende Broschüre kostenlos portofrei senden.  
Spezialarzt Dr. med. Dammann, Berlin W 203, Am Karls-  
bad 33c. Sprechzeit 9-11, 2-4, Sonntags 10-11 Uhr. (34/15)

**Ankauf**  
von allen edlen  
und unedlen Metallen  
Gegr. **Metallkontor** Gegr.  
1903 1903  
**W. John**  
Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 138  
(Halleisches Tor).  
Telephon: Moritzplatz 12 858.  
Geöffnet werktäglich 9-4 Uhr.  
Postwertsendungen werden gewissenhaft  
und prompt erledigt.  
Näheres im Sonntagseinserat.

**Platin**  
**Quecksilber**  
Schmuckgegenstände  
höchsten Tagespreis  
**Platin** über  
Tagespreis  
freibleibend  
**Alte Zahngelisse**  
Platin-Zahn b. 21 M.  
Quecksilber No. 140 M.  
Brennspitzen bis 300 M.  
auch andere Gold- und  
Silbersachen kauft  
**Trapp**  
Edelmetall-Eink.-Bureau  
Kommandantenstr. 29  
nur I links  
Tel.: Moritzpl. 5722.  
Streng reelle Bedienung.

**Alte Gebisse**  
auch zerbrochene bis 3000 M.  
Zahn 21, 25 bis 50 Mark (Platinanfertigung)  
Kein Zahn unter 21 Mark,  
wo die Echtheit festgestellt ist.  
Knopfstillzähne 9 Mark.  
Platin-Brennstifte  
zu den höchsten Tagespreisen  
Zahnärztl. Laboratorium Rosenzweig,  
**Oranienburger Str. 38, hochp.**  
zw. Artillerie- u. Priesrichstr. — Einkauf von 9-6 Uhr.

**Juwelen**  
**Perlen**  
**Margraf & Co.**  
G. m. b. H.  
Kanonierstr. 9  
Taanzenstr. 11 A  
Tel.:  
Zentr. 6294.

**Altmetall,**  
Kupfer, Messing, Aluminium, Blei, Zinn, Eisen  
kauft zu den  
**höchsten Tagespreisen**  
Schlosserei Niemann, Hof, Keller.  
Stallschreiberstraße 55,  
Am Moritzplatz. Auf Hausnummer achten!

**Nur kein Meid!**  
**Kupfer bis 26 M., Messing 15,25 M.**  
**Blei bis 11 M., Reinzinn 80 M.**  
Alte Zinngeschirre, Bierschlangen usw.  
Quecksilber, zahl allerhöchste Tagespreise  
**nur Metallschmelze, Prinzessinnenstraße 17,**  
neben Wertheim (Moritzplatz).

**Kupfer 26,- Messing bis 15,-**  
**Blei 10,- bis 11,- Zink bis 8,-**  
bei großen Posten mehr, zahl  
**Metall-Einkaufs-Zentrale**  
**Kottbuser Damm 66** Moritzplatz  
135 80 (Hermannplatz).

## Bekanntmachung.

1. Es erfolgen auf den Abschnitt 2 der allgemeinen  
Lebensmittelliste der Stadt Berlin  
bis zu 5 Suppentafeln  
zu den angegebenen Preisen,  
auf den Abschnitt 3 der allgemeinen Lebensmittelliste  
der Stadt Berlin  
**100 Gramm Granen**  
zum Preise von 15 Pf. (je Pfund 71 Pf.)  
und auf den Abschnitt 4 der allgemeinen Lebensmittelliste  
der Stadt Berlin  
**100 Gramm Teigwaren**  
zum Preise von 50 Pf. (je Pfund 1,15 M.).  
2. Unter Ausschluss nachträglicher Ausnahme sind die Er-  
werbshilfen vom Montag, den 6. bis Mittwoch, den  
10. März 1920 bei den Kleinhandlern abzugeben.  
3. Die Kleinhandler haben die Erwerbshilfen zu den  
oben aufgeführten Nummern bei den Großhändlern am Donner-  
stag, den 11. März 1920 abzugeben.  
4. Nicht abgeholtet Ware verfällt mit dem 11. April 1920.  
Berlin, den 3. März 1920.  
**Magistrat.**  
Abteilung für Nahrungsmittel.  
Tel.-Nr. 6478 2/3.

**Kontoristinnen**  
sofort gesucht.  
Meldungen von 11 bis 12 Uhr  
vormittags.  
**Kaufhaus des Westens**  
G. m. b. H.  
**BERLIN W. 50**  
Tauentzienstr. 21/24.

**Metallabfälle!**  
In größeren Mengen kaufen zu Engrospreisen  
nur von Gändlern und Gewerbetreibenden  
**Bader & Bauer,**  
Neanderstraße 15. Fernsprecher:  
Moritzplatz 607.

**Die Zahneinkaufsstelle**  
Charlottenburg, Frischestr. 46, vorn II  
an der Kantstraße (Bahnhof Charlottenburg)  
kauft tägl. von 9-1 u. 2-6 Uhr zu höchsten Preisen  
**Alte Gebisse**  
Pro Zahn nicht unter 15 bis 20 Mark, Still-  
zähne bis 200 Mark, Knopfstähne die Hälfte  
nach Gewicht (0,5mm 200 Mark)  
**Brandmalerei - Stifte**

**Die Altmetall-Ankaufsstelle**  
Blumenstr. 71, Ecke Markusstr. (Keller)  
zahlt die **allerhöchsten** Tagespreise  
für  
**Kupfer, Messing, Blei, Zink usw.**  
Alteisen per kg 1,20 M.

Nur allein  
**Kunstspiel-Pianos und Flügel**  
**Virtuola**  
ermöglichen gleichzeitige Wiedergabe der Stücke  
nach Auffassung d. Künstlers u. Selbstfinanzierung  
**Römhildt A.-G.,** Leipziger Straße  
119-120, I. Stock.

**Giftfreie naturgemäße Behandlung**  
von Haut-, Harn- und Unterleibsleiden,  
ohne Berufsstörung. Aufklärende, belehrende  
Broschüre für 1 Mk. portofrei in verschlossenem  
Umschlag ohne Aufdruck durch  
**Spezialarzt Dr. med. Dammann,**  
Berlin 11, Potsdamer Straße 123 B.  
Sprechzeit: 9-11, 2-4, Sonntags 10-11.

**Nutzeisen**  
**Ankauf Verkauf**  
Stabellen, Bleche, I-Träger, U-Eisen, Rohre,  
Ketten, Lagerböcke, Riemenrollen, Fuß-  
stanzen etc. in verschiedenen Dimensionen  
haben ab Lager abzugeben  
**Cohn & Borchardt, Bln.-Lichtenberg**  
Rittergüterstr. 47/48. Tel.: Lichtenberg 646/67.  
Nutzeisenabteilung: 8200\*  
Maybach-Ufer 18/19, Nähe der Kottbuser Brücke.